

## Apropos: Bye bye, Tony Blair?

Werden wir richtig informiert? Nicht immer, wie die Februar-Kolumne an kleinen Beispielen gezeigt hat. Manchmal kurven auch englische Lordrichter, also das Feinste vom Feinen, so elegant und raffiniert um die Wahrheit, dass das nicht einmal die unmittelbar Betroffenen zu merken scheinen.

### Feinheiten der Interpretation

Anschauungsunterricht dafür bietet z.B. der Bericht der Hutton-Kommission, die in monatelangen Untersuchungen den Tod des britischen Waffenexperten David Kelly abklären sollte. «Blair entlastet», «Persilschein für Blair», «Blair triumphiert», «Freispruch für Tony Blair» oder – vorsichtiger – «Verschnaufpause für Tony Blair» sowie «Ein Freispruch – die Zweifel bleiben»: So lauteten Schlagzeilen der Medien, nachdem Lordrichter Brian Hutton live am britischen Fernsehen das Ergebnis seiner mehr als 300 Seiten umfassenden Untersuchung vorgelesen hatte. Hutton wusch Premierminister Blair vom «Vorwurf rein, eine Mitverantwortung am Selbstmord des Waffenexperten David Kelly zu tragen». Auch habe er die Gefahren von Massenvernichtungswaffen des gestürzten irakischen Machthabers Saddam Hussein im Vorfeld des Irakkrieges nicht «aufgebauscht»<sup>1</sup>.

Nun – Blair hatte nach dem Tod des Waffenexperten gesagt, «er habe einer Veröffentlichung von Kellys Namen *nicht* zugestimmt»<sup>2</sup>. Hutton hat nun festgestellt, dass Blair «nicht persönlich beschlossen» habe, Kellys Namen der Presse preiszugeben. Der Lordrichter betont aber auch (ohne daraus Folgerungen zu ziehen), dass Blair «direkt an den Diskussionen beteiligt» war, wie man auf die Nennung von Kellys Namen reagieren soll<sup>1</sup>. Das heißt aber doch wohl, dass Blair Bescheid wusste und die Möglichkeit gehabt hätte, Kelly in Schutz zu nehmen – wenn er das nur gewollt hätte ...

### Unhaltbarer Vorwurf?

Ähnliches gilt für die Frage der Massenvernichtungswaffen. Im September 2002 veröffentlichte die Regierung Blair ein Dossier, in dem das Arsenal irakischer Massenvernichtungswaffen dramatisch dargestellt wurde. Innert 45 Minuten – hieß es da – könne Saddam Hussein chemische und biologische Waffen aktivieren. Im Februar 2003 publizierte Blair ein weiteres Dossier, das der amerikanische Außenminister Powell vor der UNO ausdrücklich lobte. Die Behauptungen dieser Dossiers über irakische Massenvernichtungswaffen waren der

Hauptgrund für den Irakkrieg. Radio BBC hatte Blair mit Informationen von David Kelly vorgeworfen, das Irakdossier «aufgebauscht» zu haben, damit es kriegstauglich wurde. Lordrichter Hutton sah es nicht als seine Aufgabe an, zu beurteilen, ob der Irak tatsächlich Massenvernichtungswaffen hat(te). Dennoch aber fühlte er sich bemüßigt, festzustellen, dass der Vorwurf der BBC «unhaltbar» sei und «mangelnder Sorgfalt» entspringe<sup>1</sup>. Deshalb kam es bei der BBC zu einer Rücktrittswelle (teilweise unter Protest).

### Keine Massenvernichtungswaffen

Fakt ist, dass es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit im Irak in den letzten Jahren keine Massenvernichtungswaffen gab und gibt. Zu dieser Überzeugung kam z.B. David Kay, der US-Chefwaffeninspektor im Irak, der nach monatelanger ergebnisloser Suche im Januar zurückgetreten ist. Auch der vom amerikanischen Geheimdienst CIA als Nachfolger Kays benannte frühere UN-Waffeninspektor Charles Duelfer hat bereits Anfang Januar erklärt, die Chancen, etwas zu finden, «seien praktisch Null»<sup>3</sup>. David Kay wirft den Geheimdiensten schlampige Arbeit vor. Dem dadurch entstandenen politischen Druck musste der



Blair vor der Wahl.

amerikanische Präsident George W. Bush nach langer Abwehr nachgeben und eine Untersuchungskommission einsetzen. Was solche Kommissionen bewirken können, zeigt der anschließende Artikel des amerikanischen Publizisten Webster G. Tarpley (siehe Seite 12). Bei der Geheimdienst-Kommission hat G.W.B. übrigens bereits getrickst, indem er sie so einsetzte, dass Ergebnisse erst nach den Präsidentenwahlen von Ende Jahr vorliegen werden<sup>4</sup>. Auch die von Blair inzwischen eingesetzte Untersuchungskommission wird kaum Licht ins Dunkel bringen, schon weil sie nicht wirklich unabhängig ist.

Die Einschätzung, dass im Irak keine Massenvernichtungswaffen zu finden seien, ist nicht neu: Hans Blix, der frühere Leiter der UN-Inspektoren im Irak, hat mehrmals darauf hingewiesen – zuletzt im Januar<sup>2</sup>. Schon im vergangenen Mai meinte der Kommandeur der US-Marineinfanteristen im Irak, Generalleutnant James Conway, er sei überrascht, dass trotz intensiver Suche noch keine biologischen oder chemischen Waffen entdeckt worden seien. «Glauben Sie mir, wir waren praktisch in jedem Munitionslager zwischen Kuwait und Bagdad. Sie (die Waffen) sind einfach nicht da»<sup>5</sup>.

Dennis Kucinich, einer der demokratischen Präsidentschaftskandidaten, frotzelte, der Präsident wolle wohl zum Mond und zum Mars, weil er «noch nach den Massenvernichtungswaffen sucht».

### Offenherziger Wolfowitz

Blix war auch der Überzeugung, die Regierungen in Washington und London müssten eigentlich wissen, dass diese «Geheimdienstinformationen» nicht der Wahrheit entsprechen.

Für die USA belegt dies übrigens eine Äußerung des wohlbekannten Hardliners Paul Wolfowitz, stellvertretender US-Verteidigungsminister, vom Mai 2003: Der Irakkrieg sei aus «bürokratischen Gründen» (!) mit einer Bedrohung durch irakische Massenvernichtungswaffen begründet worden, sagte er in einem Interview mit dem Magazin *Vanity Fair* – denn dies «war der (...) Grund, dem jeder zustimmen konnte»<sup>5</sup>. Das kann weiter nicht verwundern, denn nur solche Waffen hätten einen Präventivkrieg völkerrechtlich allenfalls legitimieren können<sup>6</sup>.

Das alles sind Indizien dafür, dass – was aufmerksame Beobachter von Anfang an begründet vermuteten – nur Gründe vorgeschoben wurden für einen Krieg, der längst beschlossen war. Anfang dieses Jahres wurde diese Überzeugung bestätigt – durch Bushs früheren Finanzminister Paul O'Neill, der in einem Buch darlegt, dass die Bush-Administration die Planungen für den

Irakkrieg schon vor den Anschlägen des 11. September 2001 begonnen habe<sup>7</sup>.

### Das Pech des Tony Blair

Und Tony Blair? Er hat Pech mit seinen Geheimdienst-Dossiers... Beim ersten vom September 2002 wurde nachgewiesen, dass etliche Angaben aus dem öffentlich zugänglichen Internet abgeschrieben worden und zum Teil auch noch veraltet waren<sup>8</sup>. Beim von Powell vor der UNO so hoch gelobten Dossier wurde umgehend belegt, dass es «in großen Teilen aus der mittlerweile veralteten Arbeit eines kalifornischen Studenten abgeschrieben worden» war<sup>9</sup>; andere Teile stammen aus dem – ebenfalls öffentlich zugänglichen – Fachmagazin *Jane's Intelligence Review* aus den Jahren 1997 und 2002<sup>10</sup>... Nun fühlte sich Tony Blair genötigt, sich zu entschuldigen – allerdings nicht für die Dossiers an sich, sondern nur dafür, dass die Quellen nicht angegeben worden sind... Irren ist menschlich. Aber man stelle sich vor: Da zieht ein Premierminister aufgrund von veralteten, also falschen Angaben in den Krieg und entschuldigt sich nur dafür, dass die Quellen nicht angegeben wurden. Gelogen hat Tony Blair nicht – das hat der Lordrichter verbrieft. Aber was dann? Spontan unzurechnungsfähig? Und ein solcher Mann hat auch noch einen «Atomkoffer» zur Verfügung...

### Wer profitiert?

Wen wundert, dass 56% der Briten den Hutton-Bericht bei einer Umfrage als «ungerecht» einstufte?<sup>11</sup> Die Befangenheit Huttons scheint unübersehbar und «steht in einer langen, wenn auch nicht eben noblen britischen Tradition». So wurden z.B. 1972 britische Soldaten, die in Nordirland 13 Zivilisten auf offener Strasse erschossen hatten, in Schutz genommen mit der erfundenen Behauptung, sie seien zuerst beschossen worden, «sonst hätten sie nicht geschossen». Anwalt dieser Soldaten war ein Jurist namens Brian Hutton ...<sup>12</sup>

Apropos: Auszüge aus dem Hutton-Bericht konnte man schon vor der offiziellen Veröffentlichung in *The Sun* lesen. Dieses Boulevardblatt gehört dem Medienzaren Rupert Murdoch – einem direkten Konkurrenten der vom Lordrichter massiv gemaßregelten BBC ...<sup>13</sup> Und: Murdochs *Sun* hat 1997 einen politischen Salto vollführt und unterstützt seither Tony Blair bei den Wahlen, die er bekanntlich 1997 und 2001 (deswegen?) gewann<sup>14</sup>. Die Murdoch-Presse hat auch immer wieder Vertrauliches aus dem Hause Blair publiziert<sup>15</sup>. Der Medienmogul lässt den Premierminister immer wieder wissen, dass die Unterstützung unter Umständen auch eingestellt werden könnte<sup>16</sup>. Der Euro-Gegner Murdoch

will offenbar den Euro-Befürworter Blair an der Leine führen<sup>17</sup>.

Wer wohl hatte ein Interesse an der Hutton-Indiskretion? Es mutet wie ein Witz an, dass der Lordrichter eine Klage gegen den angekündigt hat, der diese Indiskretion begangen hat.

Boris Bernstein\*

P.S. Oder wurden wir vom englischen Lordrichter einfach raffiniert irreführt? Wollte er – sein süffisantes Lächeln in die TV-Kamera ließ so etwas ahnen – mit seinem extrem einseitigen Bericht dem englischen Premierminister auf besonders feine Art bedeuten: Es ist an der Zeit, bye bye, Tony Blair?

\* Boris Bernstein ist durch seine berufliche Tätigkeit seit Jahrzehnten mit der Problematik der Medien vertraut.

- 1 Meldungen der Nachrichtenagenturen AFP, DPA, Reuters und AP.
- 2 *Spiegel Online* 28.1.2004
- 3 [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de) 24.1.2004, 19:22
- 4 Z.B. Radio DRS, *Echo der Zeit*, 2.2.2004
- 5 AP-Meldung vom 30.5.2003
- 6 *Süddeutsche Zeitung*, 31.1.2004
- 7 Ron Suskind: *The Price of Loyalty*, New York 2004; Hauptquelle ist O'Neill.
- 8 Z.B. AFP-Meldung vom 12.7.2003
- 9 dpa-Meldung vom 7.2.2003
- 10 AP-Meldung vom 8.2.2003
- 11 AFP-Meldung vom 29.1.2004
- 12 «Im Zweifel für die Staatsräson», *NZZ am Sonntag*, 1.2.2004
- 13 dpa-Meldung vom 29.1.2004
- 14 Z.B. *Neue Zürcher Zeitung*, 19.3.1997. Vgl. auch *Der Europäer*, Mai 1997.
- 15 *Neue Zürcher Zeitung*, 28.7.2000
- 16 *Neue Zürcher Zeitung*, 21.11.2003
- 17 dpa-Meldung vom 6.2.2002

## Untersuchungskommission zum 11.9.2001: Wie George W. Bush trickst

Die heutige angloamerikanische Finanzoligarchie und deren politische Sprecher im Bush-Regime vertreten eine seltsame These: Die Terrorereignisse vom 11.9.2001 sollen angeblich die jahrhundertlange Überlieferung des Völkerrechts und die UNO-Charta überflüssig gemacht und ein neues Zeitalter des Terrors, der internationalen Anarchie und der Angriffskriege eingeleitet haben – alles im Rahmen einer unbedingten Vormachtstellung der USA und Großbritanniens. Das Problem ist nur, dass die amtliche Basis, auf der diese ganze Kette von Behauptungen fußen soll, gar nicht existiert: die US-Regierung hat viele Dokumente und Berge von Propaganda zum 11.9. veröffentlicht, niemals aber eine detaillierte Darstellung von dem, was stattgefunden haben soll, d.h. von den Taten, die angeblich eine totale Umwälzung der Weltgeschichte herbeigeführt haben. Es ist erstaunlich, wie wenig die US-Regierung die Terrorakte untersucht hat.

### Wo bleibt das versprochene Weißbuch?

Laut Gesetz muss jeder Flugzeugunfall, der auf dem Hoheitsgebiet der USA stattfindet, gründlich vom *National Transportation Safety Board* untersucht werden. Hier haben wenigstens vier Ermittlungen niemals stattgefunden, was gesetzwidrig ist. Die meisten Opfer vom 11.9. kamen aus dem US-Bundesstaat New Jersey, und dessen Senator Robert Torricelli hat lautstark die unmittelbare Einberufung eines *Board of Inquiry* noch im Oktober 2001 gefordert.

Kein *Board of Inquiry* wurde damals gebildet, aber die Staatsanwaltschaft hat sehr schnell entdeckt, dass Torricelli in Mafiageschäfte verwickelt war. Torricelli musste zurücktreten. Während dieser Phase hat Bush persönlich den Leiter der Demokratischen Senatsfraktion mit der Bitte angerufen, alle Untersuchungen zum 11.9. möglichst kurz und oberflächlich zu halten – sonst könnten, so Bush, die Kämpfer im Krieg gegen den Terrorismus von ihren eigentlichen dringenden Aufgaben abgelenkt werden. Senator Daschle hat sich Bushs Argumentation lautlos gebeugt.

Im Herbst 2001 hat Colin Powell der Weltöffentlichkeit ein Weißbuch zum 11.9. versprochen; bis heute ist es nicht erschienen. Um dieses peinliche Versagen zu überspielen, sprangen Tony Blairs britische Geheimdienste ein mit einem Bericht über die Missetaten von Osama Bin Laden – einem Bericht, der sich leider kaum mit den spezifischen Ereignissen vom 11.9. auseinandersetzt.

### Chaotisch und zensuriert

Vor über einem Jahr, im Dezember 2002, hat der US-Senatsausschuss für Geheimdienstfragen eine umfangreiche Reihe von Sitzungen zum 11.9. abgeschlossen. Man veröffentlichte jedoch lediglich ein paar Seiten Zusammenfassung mit Ratschlägen und Empfehlungen, wie die Agenten ihre Aufgabe besser meistern könnten. Man schlug zum Beispiel vor, dass man alle Nachrichtendienste unter einem